

06.01.2008

Ökoenergieskandal

"Ein moderner Ablasshandel"

Ohne einen verbindlichen Standard für Ökostrom wird das Problem bleiben, meint SPD-Politiker Ulrich Kelber. VON INTERVIEW: TARIK AHMIA

taz: Herr Kelber, wie kann es angehen, dass Atomstrom mit billigen Zertifikaten zu Ökostrom veredelt wird?

Mehr zum Thema

Legale Stromwäsche>
Kommentar: Was der Obstbauer lehrt>



ULRICH KELBER, 39, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und ihr umweltpolitischer Sprecher. Foto: bundestag

Ulrich Kelber: Der Handel mit Zertifikaten ist prinzipiell in Ordnung. Doch in diesem Fall werden die Zertifikate als moderner Ablasshandel für Atomstrom missbraucht. Wir brauchen deshalb mehr Klarheit, woher die Zertifikate stammen und ob das Geld, das mit den Zertifikaten verdient wird, wirklich in den Ausbau erneuerbarer Energien fließt.

Wie kann man sicher sein, das dort, wo Ökostrom drauf steht, auch welcher drin ist?

Man kann sich darauf verlassen, wenn man Ökostrom kauft, der strenge Auflagen erfüllt, wie sie etwa das Ökolabel "Gold Standard" vorgibt. Internationale Umweltverbände verlangen darin

verbindlich hohe Umwelt- und Sozialstandards für nachhaltige Energieprojekte. Das Problem ist, dass es nur wenige derartige Standards gibt und dass häufig die Unterschiede zwischen Schein-Ökostrom und echtem Ökostrom für Verbraucher nicht erkennbar sind. Solange es keine verbindliche Definition für Ökostrom gibt, können Energiekonzerne zusätzliches Geld verdienen, ohne entsprechend in erneuerbare Energien zu investieren.

Ist dieses Debakel nicht ein deutliches Signal dafür, klare Regeln aufzustellen, damit sich echter Ökostrom leichter erkennen lässt?

Die Frage ist, ob der Staat hier ein einheitliches Label für Ökostrom setzen sollte oder ob es nicht besser wäre, wenn Umweltverbände und Verbraucherschutzverbände sich auf einen einheitlichen Standard einigen. Das würde den Verbrauchern ermöglichen, Tricksereien leichter zu durchschauen.

Machen Sie es sich nicht etwas bequem, wenn die Politik hier nichts tun soll?

Wenn Sie verbindliche Standards haben wollen, dann müssten Sie ein solches System im Binnenmarkt europaweit regeln. Da hätten wir mit den unterschiedlichen Interessen zu lange zu tun. Die europäische Zivilgesellschaft wäre schneller und effizienter. Wenn sich Verbände wie Greenpeace, BUND, Eurosolar usw. schnell an einen Tisch setzten, könnte die Frage noch im ersten Halbjahr 2008 geregelt werden. Solange hier keine Klarheit herrscht, wird echter Ökostrom diskreditiert.

INTERVIEW: TARIK AHMIA

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags